

Denk-Anstöße 2003

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Ausgabe Januar 2003

Problem Europas

Der aktuellen Wirtschaftsentwicklung haben 2002 etwa 41.500 Unternehmen durch Konkursanmeldung Tribut zollen müssen, fast ein Drittel mehr als im Jahr 2001. Der volkswirtschaftliche Gesamtschaden wird auf 50 Mrd. Euro geschätzt. 650.000 Arbeitsplätze sind dadurch verloren gegangen. Auf den tiefsten Stand seit neun Jahren ist der ifo-Investitionsklima-Index eingebrochen. Selbst die zurückhaltende Bundesbank bezeichnet die aktuellen Beschlüsse von Rot-Grün als investitionsfeindlich. Der GfK-Konsumklima-Indikator ist auf das niedrigste Niveau seit 1996 gesunken. Carl Christian von Weizsäcker stellt fest: "Die Lage war seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch nie so kritisch wie jetzt." In dieser dramatischen Situation die Belastungen für die Unternehmen massiv zu erhöhen, grenzt an volkswirtschaftliche Sabotage. Die EU erklärt Deutschland mittlerweile ganz offiziell zum "Problem der Euro-Zone".

Gefährlicher Trend

Jedes dritte mittelständische Unternehmen denkt derzeit ernsthaft über die Verlagerung ins Ausland nach. 7,4 % sind einer Umfrage zufolge bereits fest zur Auswanderung entschlossen. Die gegenwärtige Politik, die von allen guten (marktwirtschaftlichen) Geistern verlassen zu sein scheint, vergisst bei ihren hektischen Bemühungen um das Stopfen von Haushaltslöchern, dass geschlachtete oder vertriebene Kühe im Regelfall keine (Steuer-)Milch mehr geben. Im Boom ist - neben Steuerberatern und Notaren - nur noch die Schwarzarbeit, die 2003 mit 380 Mrd. Euro eine neue Rekordleistung erwirtschaften wird.

Empörte Revolte?

In der Wirtschaft denkt man erstmalig über neue Formen der außerparlamentarischen Opposition nach. Viele Unternehmer, denen das Wasser bis zum Hals steht, plädieren für organisierte Formen des zivilen Ungehorsams. Prof. Arnulf Baring, nach dessen Einschätzung "ein massenhafter Steuerboykott, passiver und aktiver Widerstand sowie empörte Revolten" in der Luft liegen, scheint

Strukturell bedingt

Die Wachstumslücke zwischen Deutschland und der Euro-Zone wird sich 2003 weiter vergrößern. Der regierungsamtlichen Argumentation mit globalen Abhängigkeiten widerspricht der Sachverständigenrat mit der Feststellung: "Die unzureichende Wachstumsdynamik in Deutschland ist weniger ein konjunkturelles Problem, sie ist vor allem strukturell bedingt." Vor diesem Hintergrund erlebe Deutschland 2003 allenfalls eine "Erholung mit angezogener Handbremse". Im Gesamtjahr werde das deutsche Wachstum nur etwa halb so stark ausfallen wie im gesamten Euro-Raum. Auch die EU-Kommission spricht von einer besonders enttäuschenden Wirtschaftsleistung Deutschlands, das 2003 - gemeinsam mit Italien - erneut auf dem letzten Platz in Europa liegen werde.

S.O.S im Handwerk

Seit 1996 hat das deutsche Handwerk fast jeden fünften Arbeitsplatz verloren. Das Bau- und Ausbaugewerbe musste sogar Rückgänge von 30,6 % bei der Beschäftigung und von 20,8 beim Umsatz verkraften. Das "Handelsblatt" konstatiert: "Nach den Steuerplänen der rot-grünen Bundesregierung hat die Bauwirtschaft kaum noch eine Chance, aus der Rezession zu kommen."

Weiter so?

Was wird dem Standort 2003 noch zugemutet? Nach den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen werden wohl nicht nur die Vermögens- und Erbschaftssteuer, sondern auch die Mehrwertsteuer erneut auf die politische Tagesordnung gesetzt. All das wird man wiederum mit dem Etikett der sozialen Gerechtigkeit veredeln.

Verhältnisse

Ein hochrangiger Industrieverbandsfunktionär stellt resigniert fest: "Wir haben einen Bundeskanzler, der immer auch die Meinung der Wirtschaft hören will, bevor er sie ignoriert." Kult-Lästerer Harald Schmidt zieht internationale Vergleiche: "Das Verhältnis der Bundesregierung zu den USA ist besser als das Verhältnis der Bundesregierung zu Deutschland."

einer noch schweigenden Mehrheit aus der Seele zu sprechen. Der Historiker bezeichnet es als "Symptom der Entartung", dass 80 % der Bundestagsabgeordneten aus dem öffentlichen Dienst und den Gewerkschaften kommen. Unter den 600 Parlamentariern gebe es bestenfalls ein Dutzend, die wirklich etwas von Wirtschaft verstünden. Eine "drohenhafte Herrschaftskaste" lenke den Staat ohne klare ordnungspolitische Vorstellungen und ohne eigene Erfahrungen im Wirtschaftsleben.

Schock statt Ruck

"Ich fühle mich betrogen." Unter dieser Überschrift hat der Konzernbetriebsratsvorsitzende von Unilever Deutschland als bekennender SPD-Wähler einen bemerkenswerten Leserbrief an das "Handelsblatt" geschrieben. Das sogenannte Sparprogramm sei nichts anderes als eine drastische Erhöhung der Steuern, Sozialabgaben und Schulden. Kein Ruck gehe durch das Land, sondern ein Schock. Unter dem Stichwort "Gerechtigkeit" werde eine rückwärtsgerichtete Neiddebatte inszeniert.

Ausgabe Februar 2002

Altpapier Prognosen

Die Bedeutung von Konjunkturprognosen hat sich in den letzten Jahren zunehmend dem Stellenwert von Wasserstandsmeldungen angenähert. Häufig sind die Aussagen schon überholt, bevor die Tinte getrocknet ist. Aktuelles Beispiel: Der von der Bundesregierung vorgelegte Haushalt 2003 basiert auf einem BIP-Wachstum von 1,5 %, während die Forschungsinstitute und der Sachverständigenrat nur noch Zuwächse zwischen 0,7 und 1,1 % erwarten. Wenn die Einnahmenplanung der öffentlichen Hand auf politischem Wunsdenken beruht, kommen die letzten Reste der Glaubwürdigkeit abhanden.

Schwacher Riese

"The Economist" hat kürzlich unter dem Titel "Der schwache Riese" einen Deutschland-Report vorgestellt. Mit Hinweis auf den unbeweglichen Arbeitsmarkt, zu hohe Steuern und Sozialabgaben, ein zu teures Renten- und Gesundheitssystem, überbordende Bürokratie und ein glanzloses Bildungssystem fragt das englische Wirtschaftsblatt im putzigen Sprach-Mix: "Is Deutschland AG kaputt?" und stellt fest: "Wenn das Leben zu angenehm

Und der Kanzler droht: "Wenn wir das Gelände erst einmal planiert haben, werden wir auch das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen".

Abschied vom Schlaraffenland

Unser hypertrophes Sozialsystem steht vor dem Kollaps. Der für Soziales verwandte Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung ist von gut 20 % Anfang der 60-er Jahre über 28,4 % in 1991 auf 32,1 % in 2001 gestiegen. 664 Mrd. Euro, also 8.700 Euro pro Einwohner, sind 2001 für diesen Zweck ausgegeben worden. Die stillschweigende Gestattung zunehmenden Missbrauchs hat dazu geführt, dass für die wirklich Bedürftigen immer weniger bleibt. Ganz zu schweigen von der Demotivation der Beitragszahler. Schweden hat gezeigt, wie sich eine sozialverträgliche Abwendung von der Schlaraffenland-Mentalität bewerkstelligen lässt

Erkenntnisse eines Insiders

Wolfgang Nowak, der frühere sozialdemokratische Chefreformer im Kanzleramt, zieht - nach seiner Entlassung durch Schröder - ein trübes Resümee. Dem viel zitierten Schröder-Blair-Papier zur "Neuen Mitte" seien keine entsprechenden Taten gefolgt. Die Lohnnebenkosten wirkten mittlerweile wie eine Beschäftigungssteuer. Der Sozialdemokrat weiter: "In der heutigen Diskussion um die Effi-

wird, gibt es nur wenig Bereitschaft für einen radikalen Wandel."

Jahr des Wassers

Die UNO hat 2003 zum "Internationalen Jahr des Wassers" erklärt. Prognosen zufolge werden schon 2025 zwei von drei Menschen an Wassermangel leiden. Fachleute sprechen von einer drohenden Wasser-Katastrophe. Noch gibt es keinerlei international abgestimmte Konzepte. Der menschliche Erfindungsgeist ist gefordert, neue technische Problemlösungen bei Brunnenbohrung, Förderung, Wasseraufbereitung, Regenwassernutzung, Transport und Wiederverwendung zu entwickeln.

Arbeitsmarkt-Kosmetik

Churchill hat einmal angemerkt, er glaube nur an die Statistiken, die er selbst gefälscht habe. Gerade bei der Arbeitslosigkeit wird hierzulande massiv vernebelt und getrickst. Tatsache ist: Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist wesentlich höher, als die amtliche Statistik ausweist. Als arbeitssuchend gemeldet sind gegenwärtig rund 4,2 Mio. Menschen. Hinzu kommen allerdings noch 1,7 Mio. verdeckt Arbeitslose, die an ABM- oder Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen bzw. in den Vorruchstand verabschiedet worden sind. Ohne politische Stellenkosmetik bewegt sich die reale Arbeitslosigkeit also auf die 6 Mio.-Grenze zu.

Dreierlei Lohn

Mehr Transparenz bei der Gehaltsabrechnung würde die Sensibilität der Arbeitnehmer für den Kostendruck auf die Unternehmen und für die absurd hohe Abgabenbelastung deutlich erhöhen. Eine Musterrechnung hat kürzlich ergeben, dass ein durchschnittlicher Arbeitnehmer mit 2.210 Euro Bruttoverdienst den Arbeitgeber im Jahr 2002 inklusive Sozialbeiträgen unmittelbar 2.730 Euro gekostet hat, während netto nur 1.440 Euro ausgezahlt worden sind. Die Differenz von 1.290 Euro zwischen Lohnkosten und Nettolohn kassierte der Staat. Durch die weitere Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge in 2003 wird sich die Relation weiter verschlechtern.

Ausgabe März 2003

Zahlenlotterie

Das unsägliche Spiel mit Konjunkturprognosen geht weiter. Seine noch Mitte Januar wiederholte Berechnungsbasis von 1,5% BIP-

zientz der Sozialpolitik stehen sich wieder Opfer schützende Gutmenschen und angeblich kaltherzige Reformer gegenüber. Aus dem Gegensatz Arbeiter-Kapitalist ist längst der Gegensatz Jung-Alt, Beitragszahler-Transferempfänger, Familie-Single geworden". Und Nowak schließt: "Für die Ideen Schröders und Blairs gibt es keinen Raum mehr. Ihr Papier hätte zum Manifest der Berliner Republik werden können. Jetzt sind wir auf dem deutschen Weg".

Schock vor Ruck?

Der als Kanzler-Imitator bekannt gewordene Elmar Brandt hat den Text der Nationalhymne in böser Satire abgeändert in "Einigkeit und Recht auf Freizeit" und "Arbeit ist nur was für Streber". Vielleicht muss dem oft beschworenen Ruck wirklich ein Schock vorausgehen. Letztlich bleibt nur ein Weg. Von Abraham Lincoln stammt die weise Erkenntnis: "Ihr könnt den Menschen nie auf Dauer helfen, wenn Ihr für sie tut, was sie selber für sich tun sollten und können."

Masterplan

Auf Bundesebene gibt es derzeit 2.197 Gesetze mit 46.000 Einzelschriften und 3.131 Rechtsverordnungen mit 39.197 Einzelsor-

Wachstum in 2003 hat Clement eine Woche später betont beiläufig auf 1% revidiert. Am Rande bemerkt: Dieser "kleine" Unterschied macht 10 Mrd. Euro weniger Einnahmen aus! Der Bundesverband deutscher Banken senkt die Wachstumserwartungen auf nur noch 0,5 % für den (wahrscheinlichen) Fall, dass im zweiten Halbjahr keine deutliche Belebung erfolgt. Hinter den Kulissen mehren sich die Stimmen, die mit einer schwarzen Null oder mit einem "Minus-Wachstum" rechnen.

Realitätsverlust

Entgegen aller Wahlkampf-Propaganda wird die Bundesregierung ihr Haushaltsdefizit auch 2003 nicht unter die 3%-Grenze drücken können. Der nächste blaue Brief aus Brüssel ist also programmiert. Während Eichel an allen Fronten vernebelt, spricht sich der Medienkanzler für eine "flexiblere Auslegung" der lästigen Stabilitätskriterien aus. Mit anderen Worten: Nicht die volkswirtschaftliche Realität soll der verbindlichen Vorgabe angepasst werden, sondern die Vorgabe der Realität.

Schlafwandler

"Der französische Komplex über Deutschlands Stärke ist der Sorge über Deutschlands Schwäche gewichen", hat kürzlich die Tageszeitung "La Croix" festgestellt. Die "Japanisierung" des östlichen Nachbarn berge für die Franzosen erhebliche Gefahren. Der französische Premier merkt dazu - frei jeglicher diplomatischen Zurückhaltung - an: "Deutschland verfolgt eine ziemlich brutale Politik, die eine Schwächung des Wirtschaftswachstums in Europa riskiert." Eine dänische Zeitung meint, wenn man sich die Debatten mit den Gewerkschaften anschaut, müsse Deutschland "auf einem ganz anderen Planeten leben". Und die "New York Times" bezeichnet die Deutschen vor dem Hintergrund des eklatanten Reformstaus schlicht und ergreifend als "Schlafwandler".

Export von Arbeitsplätzen

Schon 1,6 Mio., also 44 % der insgesamt 3,6 Mio. Mitarbeiter der im DAX gelisteten 30 größten deutschen Aktiengesellschaften sind in ausländischen Betrieben beschäftigt. Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen schüren auch im Bereich der mittelständischen Unternehmen zunehmende Abwanderungspläne. 64% dieser Firmen schätzen die wirtschaftliche Lage als "schlecht" ein, nur 3,8% als

schriften. In der vergangenen Legislaturperiode sind 396 neue Bundesgesetze verabschiedet worden. Schon die Ankündigung Clements, einen "Masterplan Bürokratieabbau" vorlegen zu wollen, hat die üblichen Domänenverwalter des übergeordneten Stillstands auf den Plan gerufen. Es bleibt abzuwarten, ob auch diese überfällige Initiative letztlich im Treibsand der Reformunfähigkeit stecken bleibt.

Konsumverhalten

62% der Deutschen gehen sparsamer mit ihrem Geld um, 84% befürchten weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen in 2003 und 59% wollen größere Anschaffungen aufschieben. All das hat eine im Januar durchgeführte Forsa-Umfrage ergeben. Wirklich grandiose Bedingungen für eine Stärkung der Binnennachfrage. Die vom Zickzack-Kurs der Bundesregierung ausgelöste Verunsicherung erweist sich als zusätzlicher Bremsfaktor für eine wirtschaftliche Belebung. Dabei werden selbst ehemals heilige Kühe geopfert: 62% der Deutschen wollen weniger oder gar nichts für Urlaubsreisen ausgeben.

Das verflixte 8. Jahr

Mit großen Sorgen ist die Bauwirtschaft ins neue Jahr gestartet. Der Hauptverband der deutschen Bauindustrie erwartet eine Fortsetzung der seit 1995 anhaltenden Rezession, die weitere 40.000 Arbeitsplätze kosten werde. Im "praktisch toten Wohnungsbau" wird ein nochmaliger Umsatzschwund um 6% befürchtet. Nach Einschätzung der Landesbausparkassen wird die Wohnungsbautätigkeit 2003 auf das niedrigste Niveau seit Bestehen der Bundesrepublik absinken.

Närrisch

Die Rechtsprechung kommt hierzulande immer öfter zu erstaunlichen Fehlleistungen. So hat das Landgericht Münster die Beleidigungsklage eines Polizeibeamten, der von einem betrunkenen Karnevals-Narren mit größten Verbalinjurien belegt worden war, abgewiesen. Derartige Beleidigungen - so die Richter - seien nicht persönlich zu nehmen, sondern nur gegen die Polizisten-Eigenschaft gerichtet.

Hauptsache mobil

Quantität kommt der Qualität nicht unbedingt zugute. Das gilt auch für den technischen Fortschritt. In einer Zeit, wo fast jeder Dritt-

"gut" und 32,2% als "mäßig". Seinen früheren Charme als Investitionsstandort hat Deutschland weitestgehend verloren. Die langfristigen Folgen für den Arbeitsmarkt sind unabsehbar.

Ausgabe April 2003

Falsch gepolt

Falls die Politik nicht sehr schnell umsteuert, geht Deutschland unverkennbar schweren Zeiten mit unabsehbaren Konsequenzen für Volkswirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialsystem entgegen. Trotz aller regierungsamtlichen Schönfärberei baut sich ein ganz überwiegend hausgemachtes Rezessions-Szenario auf. Nach Einschätzung von IWF-Chef Köhler ist Deutschland dabei, seinen Wohlstand zu verspielen. Das Anreizsystem sei falsch gepolt. Offensichtlich wage es niemand, den Menschen reinen Wein einzuschenken. Alarmierend stellt sich auch die Entwicklung der Steuereinnahmen dar, die im Januar 2003 gegenüber dem Vorjahresmonat beim Bund um 22,1 % und bei den Ländern um 6,2 % gesunken sind. Und nun sorgt zu allem Überfluss noch das gefährliche Wort von der "Bankenkrise" für eine neue Dimension der internationalen Verunsicherung. Schröder und Clement bleibt nicht mehr viel Zeit, um Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Die Säule bröckelt

Die mittelständische Wirtschaft befindet sich in einer ernsten Strukturkrise. Einer Untersuchung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands zufolge weisen schon 38 % aller mittelständischen Unternehmen kein Eigenkapital mehr aus. Bei den kleinen Unternehmen bis 500 TEUR Umsatz ist es bereits mehr als die Hälfte. Auch die Ertragslage sei besorgniserregend. Die durchschnittliche Umsatzrentabilität lag 2001 bei 3 %. Jede dritte Firma konnte überhaupt keinen Gewinn erzielen. Höchste Zeit, dass die Politik den üblichen Sonntagsreden über die Stärkung des Mittelstandes endlich Taten folgen lässt.

Dauerkrise programmiert

"Die deutschen Wachstumsraten werden wahrscheinlich noch eine ganze Weile die niedrigsten in Europa bleiben" heißt es im Jahresbericht 2003 der European Economic Advisory Group. Der europäische Sachver-

klässler über die Anschaffung eines Zweit-Handys nachdenkt, wundert man sich über den mobilen Kommunikationsbedarf, den die Verkaufszahlen insinuieren. Zeitgeist-Kritiker bringen dieses Phänomen dagegen auf den Nenner: schnur- und grundlos.

Gralshüter

Die historische Bedeutung der Gewerkschaften für die Entstehung ausgewogener Arbeits- und Sozialverhältnisse ist unbestritten. Fehl-anzeige besteht allerdings bei aktuellen Beiträgen zur überfälligen Lösung der Strukturprobleme. Anstatt eigene Initiativen zur Überwindung des Reformstaus und zur Überlebensfähigkeit der Sozialsysteme zu starten, gerieren sich einige Gewerkschaftsführer als Robin-Hood-Darsteller, Nebenregierung und ideologische Gralshüter der Gleichmacherei. Den Beschäftigten und den Arbeitslosen ist damit auf Dauer nicht gedient. Übrigens: Der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer ist von 40 % in 1991 auf 29 % in 2001 gesunken.

Internet(t)

Ende 2002 hatten weltweit 580 Mio. Menschen einen Internet-Zugang. Deutschland ist mit 41,8 Mio. Anwendern führend in Europa. Zu einem erstaunlichen Ergebnis kommt eine aktuelle Untersuchung der Web-Auftritte der 100 größten deutschen Unternehmen: Kein einziger entspricht voll umfänglich den juristischen Anforderungen. Fehler gibt es vor allem bei Anbieterkennzeichnung, Lesbarkeit, Datenschutz, allgemeinen Geschäftsbedingungen und Preisangabenverordnung. Für Abmahnvereine eröffnet sich hier ein lukratives Eldorado.

Mit spitzer Feder

Ein neues Buch mit dem Titel "Die Zukunft und ihre Feinde" untersucht, "wie Fortschrittspessimisten unsere Gesellschaft lähmen". Mit nicht unbegründeter Polemik machen die Autoren Front gegen hauptamtliche Gutmenschen, Bedenkenträger und Technikfeinde in Deutschland. Auch Konsens-Manie, Planungs- und Sicherheitswahn werden mit spitzer Feder abgehandelt. Eine Pflichtlektüre nicht nur für alle Mitglieder der geistigen Betonfraktionen.

Suboptimal

ständigenrat widmet Deutschland ein ganzes Kapitel unter der Überschrift "German disease". Hauptursache der Wachstumsschwäche sei der überdurchschnittliche Anstieg der Lohnkosten. Außerdem beanstanden die neun renommierten Volkswirte die starren Arbeitsmarktgesetze, die zentralisierte Lohnfindung, die hohen Steuern auf Arbeitseinkommen und das demotivierende Sozialsystem.

Crash in Raten

Wenn es stimmt, dass die Börse lediglich die Konjunktur antizipiert, müssten in Berlin alle Alarmglocken schrillen. So ist die Marktkapitalisierung der im DAX notierten 30 größten Aktiengesellschaften zwischen Ende 2000 und 2002 von 890 auf 315 Mrd. EUR eingebrochen. Am Neuen (Heissluft-)Markt sind von einst 121 Mrd. noch ganze 10 Mrd. übrig geblieben. Vieles spricht dafür, dass sich dieser Crash in Raten auch 2003 fortsetzen wird.

Ausgabe Mai 2003

Kriegs-Rhetorik

Seit Jahrtausenden diskutieren nicht nur Philosophen kontrovers über "gerechte", notwendige und unvermeidliche Kriege. Auch die psychologische Kriegsführung ist keine Erfindung der Neuzeit. Zeitlos entlarvt die Qualität der Sprachregelung den moralischen Anspruch der kriegsführenden Parteien. Im Irak-Krieg rief Saddam Hussein seine Landsleute dazu auf, den Feinden Allahs die Kehle durchzuschneiden. Doch auch amerikanische Militärs sind nicht gerade zimperlich. Davon zeugen vernebelnde Euphemismen wie collateral damages, friendly fire, daisy cutter, decapitation und shock and awe.

Zynisch

Der Bundeskanzler gilt nicht gerade als Garant für die Einhaltung vollmundiger Versprechungen. Richtig ist allerdings seine Feststellung vor dem Bundestag: "Entweder wir modernisieren oder wir werden modernisiert." Die eher zaghaften, vom allgegenwärtigen Konsensbemühen getragenen Reformansätze der Bundesregierung kommentiert Lafontaine in zynischem Populismus mit einem Aufruf zur Palast-Revolution: "Die SPD darf nicht tatenlos zusehen, wie Schröder ihr Haus einreißt und orientierungslos von Wortbruch zu Wortbruch stolpert." Sollte der Kanzler auch diesmal umfallen, dann hätte dies nicht

Diese Kolumne erscheine ihm in letzter Zeit als zu pessimistisch, hat ein Leser angemerkt. Gerade in schweren Zeiten müsse man Mut machen. Angst sei eine gefährliche Grundstimmung. Wohl wahr. Aber: Die politische Reformblockade ist es, die den Menschen zunehmend existenzielle Ängste bereitet. Der niedersächsische Ex-Finanzminister (SPD) hat die Lage am für seine Partei desaströsen Wahlabend als "suboptimal" bezeichnet. Es geht um mehr als den Machterhalt politischer Gruppierungen. Die Bürger beginnen, die wahre Dimension zu erahnen.

Nicht mehr finanzierbar

Ein vernichtendes Urteil über die aktuellen politischen Rahmenbedingungen zieht der langjährige Wirtschaftssachverständige Prof. Horst Siebert beim Wechsel in den Ruhestand: "Die Sozialsysteme fahren an die Wand. Rot-Grün kann sie nicht mehr finanzieren und nur mit Notmaßnahmen künstlich am Leben halten."

Freizeit-Paradies

Von den 365 Tagen des Jahres 2003 werden die deutschen Arbeitnehmer ganze 209 Tage (= 57 %) am Arbeitsplatz erscheinen. Arbeitsfrei durch Wochenenden, Feiertage und Urlaub sind 147 Tage, hinzu kommen – im statistischen Durchschnitt – neun Fehltage wegen Krankheit. Wenigstens ein Bereich, wo Deutschland im internationalen Vergleich noch führend ist.

Basel II

Ein Drittel der Unternehmen hat Probleme, überhaupt noch Kredite zu bekommen. Für 45% ist die Kreditaufnahme schwieriger geworden. Einem Achtel der Firmen ist in den letzten drei Jahren die Bankverbindung gekündigt oder eine Kündigung angedroht worden. Das hat eine Befragung der Kreditanstalt für Wiederaufbau ergeben. Basel II verschärft in einer volkswirtschaftlich sensiblen Phase die Überlebensnöte zahlreicher Unterneh-

nur für seine politische Zukunft verheerende Folgen.

Am Scheideweg

Als "auf Jahre hinaus unattraktiv" hat die Schweizer Großbank UBS den Standort Deutschland bezeichnet. Obwohl das Land am Scheideweg stehe, erscheine es fraglich, ob wirkliche Reformen stattfinden würden. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben die gesamtwirtschaftliche Situation als dramatisch bezeichnet. Deutschland befinde sich in einer tiefen Wachstums- und Vertrauenskrise sowie am Rande einer Rezession. Im laufenden Jahr drohten ein neuer Insolvenzrekord, weiter steigende Arbeitslosigkeit und deutlicher Lehrstellenmangel.

7,2 Mio. Arbeitslose

Den kürzlich an dieser Stelle erfolgten Hinweis, dass die tatsächliche Arbeitslosigkeit 6 Mio. überschritten habe, hat ein Politiker als "unverantwortliche Panikmache" bezeichnet. Inzwischen hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Nürnberg) eine neue Studie vorgestellt, der zufolge die Zahl der Erwerbslosen in Wirklichkeit bei 7,2 Mio. liegt. Diese Berechnung berücksichtigt auch die stille Reserve der 2,5 Mio. Menschen, die sich aus Mutlosigkeit gar nicht mehr arbeitslos melden, die berufliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen absolvieren, die sich in Rehabilitation befinden und die als "nicht mehr vermittelbar" eingestuft werden.

Ausgabe Juni 2003

Reförmchen auf Eis?

Mit "besonderer Besorgnis" beobachtet der IWF im aktuellen World Economic Outlook die Stagnation der deutschen Wirtschaft. "Größere Strukturreformen", insbesondere bei der Liberalisierung des Arbeitsmarktes, seien überfällig. Dass die Reförmchen der Agenda 2010 nur ein erster Schritt zur langfristigen Zukunftssicherung des Standorts sein können, gilt unter Fachleuten als unstrittig. Als grotesk erscheint vor diesem Hintergrund die Blockadepolitik des linken SPD-Flügels in unheiliger Allianz mit einigen Gewerkschafts-Granden. Mehr als dubios wirkt dabei die verstaubt-sozialistische Pseudo-Ethik des Strippenziehers Lafontaine, der offenkundig ohne Rücksicht auf Verluste sein Comeback betreibt. Das ifo-Institut konstatiert: "Wenn die SPD jetzt nicht mitzieht, macht sie sich schul-

den. Als Ablehnungsgrund wird seitens der Banken vorrangig eine zu niedrige Eigenkapitalquote angegeben. Der Bundesverband des Groß- und Außenhandels fordert angesichts dieser Zuspitzung die Schaffung neuer Finanzierungsinstrumente. Allein der Mittelstand brauche Eigenkapital im dreistelligen Milliardenbereich.

Voll versteuert

"Das Steuerrecht hat einen Zustand erreicht, der für alle Betroffenen unzumutbar geworden ist. Es ist in weiten Teilen unübersichtlich, unpraktikabel, unverständlich und unbeständig." Diese bemerkenswerte Klartext-Formulierung stammt nicht etwa von verzweifelten Steuerzahlern, sondern von südbayerischen Finanzamtsvorstehern.

Menschenrecht

Die UNO präsentiert sich mehr denn je als fragwürdige Institution mit eingeschränkter Handlungsfreiheit. Das Glaubwürdigkeitsdefizit ist vor allem darauf zurück zu führen, dass die Mehrheit der Mitgliedsstaaten alles andere als demokratisch legitimiert ist. Zu welchen Absonderlichkeiten der hohe Anteil an Diktaturen unterschiedlichster Provenienz führen kann, zeigte jüngst die Berufung der libyschen Botschafterin zur Vorsitzenden der UNO-Menschenrechtskonvention. Ist doch allgemein bekannt, dass Muammar el-Gaddafi auch international als glühender Verfechter der Menschenrechte tätig ist.

Aktion statt Sonntagsreden

Mittelständische Unternehmen, also Firmen mit weniger als 500 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von maximal 500 Mio. Euro, generieren hierzulande 43 % aller steuerpflichtigen Umsätze, tätigen 46 % aller betrieblichen Investitionen, leisten 49 % der Bruttowertschöpfung, beschäftigen 70 % aller Arbeitnehmer, entwickeln 75 % aller Patente und bilden 83 % aller Lehrlinge aus. 99,7 % aller Firmen fallen in diese Kategorie. 41 % dieser Betriebe sind mit weniger als 10 % Eigenkapital chronisch unterfinanziert. Basel II verschärft die Situation durch Risikoauflage. Die Lohnnebenkosten, also die gesetzlichen und tariflichen Zusatzkosten, liegen in Westdeutschland mittlerweile bei 81,2 %, in den neuen Bundesländern bei 68,3 %.

dig am weiteren Niedergang unseres Landes."

Ohne Kompetenz

"Die SPD hat keine wirtschaftliche Kompetenz", hat Ex-Ministerpräsident Sigmar Gabriel bemerkt. Die vorgelegte Reform-Agenda reiche nicht, man brauche "Schröder-Plus". Die Gewerkschaften zeigten keine machbare Alternative auf. Am Rande bemerkt: Die neue CDU/FDP-Regierung in Niedersachsen hat beim Kassensturz finanzpolitische "Trickereien" von Gabriel angeprangert. Die Haushaltslage sei durch die hemmungslose Schuldenpolitik katastrophal. Allein für 2003 bestehe eine Finanzierungslücke von 195 Mio. Euro. Es fehlte offenbar – siehe oben - an Kompetenz.

Primus unter pares

Der ehemalige Primus bleibt Klassenletzte. Im EU-Vergleich unterstreicht Deutschland mit dem niedrigsten Wachstum (0,4 %) und der höchsten Neuverschuldung (3,7 %) 2003 erneut seine Bremserfunktion.

Blanker Hans

Zwischen kaum fassbarer Naivität und Inkompetenz schwankt die Haushaltspolitik der Bundesregierung. Noch im Januar basierte die Steuereinnahmenrechnung nach offizieller Lesart auf einem BIP-Wachstum von fabelhaften 1,5 %. Mittlerweile halten immer mehr Fachleute ein Nullwachstum mit entsprechenden Einnahmedefiziten für möglich. Die mit 18,9 Mrd. budgetierte Neuverschuldung des Bundes droht auf mehr als 30 Mrd. Euro zu explodieren. Wenig überzeugend wirkt da noch Eichels zaghafte Absichtserklärung: "Ich strebe keine Steuererhöhungen an." Insider in Berlin nehmen Wetten darauf an, dass noch in diesem Jahr die Erhöhung der Mehrwertsteuer beschlossen wird.

Ausgabe Juli 2003

Offenbarungseid

"Deutschland steuert auf eine Katastrophe

Baumisere ohne Ende

5,3 % der Arbeitsplätze im Handwerk sind 2002 verloren gegangen. Im Bau- und Ausbausektor erreichte der Aderlass fast 10 %. Wohin der Zug geht, zeigt die Tatsache, dass die Hochbaunachfrage im Februar 2003 gegenüber dem Vorjahresmonat um weitere 15 % eingebrochen ist. Der Wohnungsneubau wird nach Einschätzung des Ifo-Instituts in diesem Jahr mit 236.000 Fertigstellungen (2002: 254.000) auf ein neues Rekordtief fallen.

Standort-Faktor

Während westdeutsche Industriearbeiter dank der Segnungen der 35,7 Stunden-Woche pro Jahr noch ganze 1.557 Stunden werkeln, verbringen ihre amerikanischen Kollegen 1.904, also 347 Stunden mehr, am Arbeitsplatz. Damit rangiert Deutschland bei der Jahresarbeitszeit auf dem letzten Platz von 19 Industrienationen.

Sommerliche Wohltaten

41 Mio. Euro hat die Deutsche Telekom AG im Rekordverlustjahr 2002 (24,6 Mrd. Euro) an ihre Vorstände gezahlt. Ron Sommer allein hat über 26 Mio. v.a. als Abfindung kassiert. Welche gesellschaftspolitischen Flurschäden solche Exzesse im Bewusstsein der Bevölkerung auslösen, ist kaum zu ermes-

Selbstbedienung

Eine beachtliche Bilanzsumme von 10,8 Mrd. Euro weist die Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG) aus. Zum Geflecht gehören die Deutsche Angestellten-Akademie (DAA) und das Berufsbildungswerk (bfw), das 80 % seiner Aufträge von den Arbeitsämtern erhält. Auch die DAA kassiert mit rund 250 Mio. Euro gut 70 % ihres Gesamtumsatzes von der Bundesanstalt für Arbeit. Da trifft es sich gut, dass die unvergleichliche Ursula Engelen-Kefer als DGB-Vize seit kurzem auch Vorsitzende des Verwaltungsrates der Bundesanstalt ist. Der "Focus" zitiert in dem Zusammenhang einen Sozialwissenschaftler: "Der Weiterbildungsetat hat etwas von einem Selbstbedienungsladen."

Aus der Traum

"Es hat uns nicht an sozialer Kompetenz ge-

zu", warnt das Institut für Weltwirtschaft (Kiel). Die Regierung tue de facto alles, um den Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU zu Grabe zu tragen. Und in der Tat: Eichels Eingeständnis, 38 Mrd. statt des bisher geplanten 18,9 Mrd. EUR an neuen Bundesschulden aufnehmen zu müssen, kommt dem Offenbarungseid nahe. Der "Spiegel" konstatiert: "Die Lage des Landes ist düster wie selten zuvor. Jahrelang verdrängte die Politik die wahren Probleme, belogen die Politiker sich selbst und ihre Wähler. Jetzt sind grundlegende Reformen unumgänglich."

Ursache und Wirkung

Die Arbeitsstunde in der deutschen Industrie kostete im Jahr 2000 durchschnittlich 26,50 EUR, mehr als 10 Arbeitsstunden im EU-Neumitglied Lettland. Auch in Ländern wie Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei machten die Arbeitskosten – im Vergleich zu Deutschland – deutlich weniger als ein Fünftel aus. Könnte es einen Zusammenhang geben zur stark abgekühlten ausländischen Neigung, in den Standort Deutschland zu investieren? Mit 32 Mrd. \$ Direktinvestitionen blieb die Bundesrepublik 2001 weit hinter den Wettbewerbern Großbritannien (65 Mrd.), Frankreich (53 Mrd.) und Niederlande (50 Mrd.). Gleichzeitig wächst die Neigung der deutschen Unternehmen, die Produktion ganz oder teilweise ins Ausland zu verlagern. Einer neuen DIHK-Umfrage zufolge denkt schon jede vierte Firma ernsthaft darüber nach.

Über die Verhältnisse

"Seit langem leben wir über unsere Verhältnisse. Unsere Ansprüche übersteigen die Leistungskraft des Gemeinwesens". Mit dieser nicht ganz neuen Erkenntnis hat Richard von Weizsäcker öffentlich Position bezogen. Die allgemeine Reformunfähigkeit sei auch auf die ständigen Wahlkämpfe zurückzuführen. Das Land brauche mehr Ehrlichkeit und Mut, unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Der Alt-Bundespräsident weiter: "Wir alle müssen wieder lernen, unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, nicht darauf zu warten, dass der Staat alles richtet."

Spitze des Eisbergs

Und noch ein Elder Statesman hat sich zu Wort gemeldet. Helmut Schmidt erinnert in einem "Zeit"-Artikel an die berühmte, gleichwohl aber folgenlose "Ruck-Rede" Roman Herzogs vom April 1997. Der Alt-

mangelt, sondern an ökonomischer", hat der Bundeskanzler bemerkenswert selbstkritisch festgestellt. Der nicht gerade der Wirtschaftshörigkeit verdächtige "Stern" bezeichnet die mit dem "hochtrabenden Etikett Agenda 2010" versehenen Reförmchen Schröders als zaghafte und verspätete Reaktion auf den demografischen Wandel. Damit allein lasse sich jedoch noch kein neues Fundament für die soziale Sicherheit von morgen gießen. Man brauche mehr als oberflächlichen Hausputz an einer Sozialstaat-Ruine, die eigentlich ein Fall für die Abrissbirne sei. Letzlich komme es darauf an, dass der Staat deutlich mehr Eigenverantwortung an die Bürger zurücküberweise. An anderer Stelle konstatiert das Blatt: "Der Traum vom nie endenden Wohlstand in unerschöpflicher staatlicher Fürsorge ist aus."

Moderne Sklaverei

Als "moderne Form der Sklaverei" hat Milton Friedman den in Deutschland übermächtigen Staat bezeichnet, der die Bürger zwingt, mehr als sechs Monate pro Jahr nur für ihn zu arbeiten. Er wüschte sich einen neuen Ludwig Erhard, der dem Markt freien Lauf lasse, die verkrusteten Strukturen aufbreche, die Bürokratie abbaue und den Arbeitsmarkt flexibilisiere.

Mehr Marktorientierung

An der Spitze der deutschen Großunternehmen finden sich immer mehr Marketing- und Vertriebspezialisten. Derzeit verfügen schon 14 Vorstandsvorsitzende der DAX-30-Gesellschaften über diesbezüglich einschlägige Berufserfahrungen. Damit schlägt sich die zeitlos-richtige Marketing-Definition als "marktorientierte Unternehmensführung" in einem Paradigmenwechsel nieder, dem vor allem die Juristen-Fraktion zunehmend Tribut zollen muss.

Gutes Vorbild

Mehr Selbstverantwortung und Eigeninitiative – nur so lassen sich das allgegenwärtige Anspruchsdenken, die lähmende Vollkasko-Mentalität und die bürokratische Reglementierungsmanie überwinden. Dabei fehlt es in diesem Land keineswegs an guten Vorbildern. So ist die 1865 gegründete Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger längst zu einem Synonym für gemeinnützige Problemlösung, hohes Engagement Freiwilliger, staatsfreie Finanzierung und leane Or-

Bundeskanzler wörtlich: "Die Rezession ist nur die sichtbare Spitze des Eisbergs. Darunter verbirgt sich das die Wirtschaft erstickende Geflecht von Abertausenden gesetzlicher und obrigkeitlicher Vorschriften. Auch wenn der Abschwung überwunden sein wird, bleibt Deutschland ein Schlusslicht in Westeuropa. Es sei denn, wir stellen die Weichen um!"

Ausgabe August 2003

Kleineres Übel

Das Vorziehen der Steuerreform wirft in mehrfacher Hinsicht Fragen auf. Gesamtwirtschaftlich sinnvoll und vertretbar ist dieser Schritt nur bei seriöser Gegenfinanzierung, also nicht durch noch höhere Neuverschuldung, sondern durch rigiden Subventionsabbau. Geschieht das nicht, würde die Neuverschuldung in 2004 von den ohnehin geplanten 3,2 % auf 4,1 % steigen. Was die Überschreitung der EU-Stabilitätskriterien angeht, so handelt die Bundesregierung mittlerweile offenbar nach dem Motto: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt's sich gänzlich ungeniert.

Macht der Medien

Steuersenkungen sind aus strukturpolitischen Gründen seit langem überfällig. Bemerkenswert ist die Rolle der Medien. Vor allem die größte deutsche Boulevardzeitung setzte die Politik mit beispielloser Offensivwirkung unter Druck. Nachdem die Regierung brav über diverse Stöckchen gesprungen war, wurden auch CDU und CSU, die ohnehin ein jämmerliches Bild oppositioneller Zerstrittenheit bieten, vorgeführt. Nie zuvor haben hierzulande die Medien ihren Anspruch als vierte Macht im Staat so effektiv bestätigt.

Prinzip Hoffnung

Nach dem dritten Minus-Quartal in Folge steckt Deutschland unstrittig in der Rezession. Verschärft wird die Lage durch die drastische Euro-Aufwertung, die im April einen Einbruch der Exporte um 3,4 % ausgelöst hat. Das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) erwartet für 2003 kein reales BIP-Wachstum mehr. Dieser Auffassung haben sich inzwischen fast alle relevanten Institute angeschlossen. Nur der Bundeswirtschaftsminister als Berufsoptimist hält noch an seiner Wachstumsprognose von 0,75 % fest. Wenn Schönfärberei zum Politikersatz wird, gerät die fachliche Glaubwürdigkeit un-

ganisationsstruktur geworden. Beim "Tag der Seenotretter" präsentiert sich diese einzigartige Initiative am 6. Juli d.J. in zahlreichen Küstenstationen. (Weitere Informationen via www.dgzrs.de).

Expertenrunden

Der Sozialstaat wird immer gefräßiger. Die Last der Sozialabgaben auf versicherungspflichtige Verdienste hat sich von 1953 bis heute mehr als verdoppelt. 42 % des Brutto-Einkommens werden im Jahr 2003 für Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung einbehalten. Gleichwohl steht die Rentenkasse Zeitungsberichten zufolge vor der Pleite. Doch nicht genug: Im März 2003 beliefen sich die Schulden der öffentlichen Haushalte auf 1,277 Billionen Euro. Allein im ersten Quartal 2003 war ein neues Finanzierungsdefizit von 55,2 Mrd. Euro zu konstatieren. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts hat kürzlich in einem anderen Zusammenhang "den kaum mehr erträglichen Reformstau" kritisiert. Ständig vermehre sich die Zahl der Expertenrunden und Kommissionen. Dies führe "vor allem zu Beharrung und Besitzstandswahrung, nicht aber zu Zukunftssicherung und Generationengerechtigkeit."

Medizynisch

Deutsche Professoren, darunter ein Berater der Deutschen Bischofskonferenz, haben sich ganz offen für eine Altersbeschränkung bei lebensverlängernden Maßnahmen ausgesprochen. Ein Prof. Breyer (Uni Konstanz) fordert, dass die Krankenkassen bei Personen ab 75 Jahren derartige Leistungen nicht mehr übernehmen sollten. Der katholische Theologie-Professor Wiemeyer (Uni Bochum), schlägt vor, die Behandlung alter Menschen auf akute Schmerzen zu beschränken. Warum nicht gleich den Eid des Hippokrates durch rein kommerzielle Regelungen ersetzen? Der gnadenlose Zynismus derartiger "Meinungsäußerungen" verschlägt einem die Sprache.

Treibhaus-Perspektiven

Die Europäische Kommission geht davon

ter die Räder

An der Grenze

Mit einem anderen Vorstoß hat Clement den Nagel auf den Kopf getroffen. Deutschland sei in puncto Urlaubszeit, Feiertage und Arbeitszeit an der Grenze angelangt. Konkret hat der Wirtschaftsminister den Pfingstmontag infrage gestellt. Die wütende Ablehnung von Kirchen, Gewerkschaften und anderen Besitzstandswahrem wirft ein symptomatisches Schlaglicht auf die Reform(un)fähigkeit in diesem Land. Fachleute haben errechnet, dass die Erhöhung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde – ohne Lohnausgleich – das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 22 Mrd. Euro p.a. steigern und 60.000 neue Stellen schaffen würde.

Ausgabe September 2003

Worte und Taten

Mehr Individualismus und Selbstverantwortung in der Gesellschaft hat der Bundeskanzler als Leitmotiv künftiger Politik proklamiert. Anderenfalls drohe der Sozialdemokratie – horribile dictu – der Machtverlust. Sein Generalsekretär gesteht ein, dass man nicht länger an unhaltbaren Versprechen festhalten könne. Der Sozialstaat, der "ein sehr weitgehendes Niveau der Umverteilung" erreicht habe, müsse umgebaut werden, damit er "wirtschaftliche Dynamik nicht erschwere". Selbst Scholz hat mittlerweile erkannt, dass die 10 Prozent der Steuerzahler mit den höchsten Einkommen heute mehr als die Hälfte des gesamten Einkommensteueraufkommens zahlen. Selbst schlecht bezahlte und unbequeme Arbeit sei "besser als transfergestützte Nichtarbeit". Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) bringt es auf den Punkt: "Entscheidend für die Umsetzung von Reformen wird sein, ob der Kanzler als langfristig denkender Staatsmann oder als kurzfristig handelnder Interessenvertreter agiert."

Alles wird gut

Bislang hat sich Schröder eher als politischer Überlebenskünstler in eigener Sache denn

aus, dass der Welt-energieverbrauch bis 2030 um fast 70 % steigen wird. Der dadurch bedingte CO₂-Ausstoß werde sich sogar verdoppeln. China avanciere zum größten Umweltsünder in Sache Treibhausgase. Aber auch die EU werde bis 2030 18 % mehr Kohlendioxid ausstoßen als noch 1990. Damit würden alle Ziele des Klimaschutzprotokolls von Kyoto ad absurdum geführt.

Zitate

Vom Baum der Erkenntnis genascht hat Hans Eichel: "Wir stehen vor riesigen Entscheidungen. Ich vermute, wir werden ihnen wieder ausweichen." Der "Stern" stellt fest: "Die Agenda 2010 ist –verglichen mit dem Reformfeuerwerk, das dieses Land braucht – ein Knallfrosch." Olaf Scholz, seines Zeichens SPD-Generalsekretär, droht: "Das sozialdemokratische Zeitalter kommt noch." Und ein "Parteifreund" von Oskar Lafontaine merkt an: "Er ist wie ein Hahn, der glaubt, die Sonne ginge auf, um ihn krähen zu hören."

Der darüber hinaus tatsächlich anstehende Reformbedarf wird weitgehend verschwiegen. Dazu der "Stern": "Die Lage im Land ist nach wie vor erbarmungswürdig. Seit der Wahl gab es jede Menge Ankündigungen, aber nur wenig Ergebnisse. Alles ist blockiert, alles wird zerredet, nichts geht voran." Vor dem Hintergrund von 13 in 2004 stattfindenden Wahlen will sich kein Politiker unbeliebt machen. Da geht man lieber erst mal in den Sommerurlaub, während das Land orientierungslos vor sich hin dümpelt. Weiter so, Deutschland ?

Ansporn

Im neuen Weltentwicklungsbericht der Vereinten Nationen, der v.a. Pro-Kopf-Einkommen, Lebenserwartung und Bildung in 175 Ländern untersucht, ist Deutschland auf Platz 18 abgerutscht. Vor fünf Jahren lag die Bundesrepublik noch auf Rang 8. Heidemarie Wieczorek-Zeul, eine der zahlreichen Lichtgestalten im Bundeskabinett, macht in gewohnt kompetenter Weise Mut: "Der Bericht spornt zu weiteren Anstrengungen an."

Schlechtes Zeugnis

Auch der Report "Economic Freedom of the World 2003", der die Wirtschaftsfreiheit in 123 Ländern analysiert, bescheinigt Deutschland einen fatalen Niedergang. Zu Beginn der

als Staatsmann bewährt. Der "Spiegel" meint: "Mit Geldgeschenken in Milliardenhöhe versucht der Kanzler sein ramponiertes Image zu polieren". Und Hans-Ulrich Jörges überschreibt im "Stern" einen Kommentar über die beabsichtigten Steuersenkungen mit der Headline "Der Kanzler kauft Wahlen". Der Autor weiter: "Nun wird wieder versprochen. Mehr. Mehr Geld. Mehr Wohlstand. Alles wird gut. Alles wird wieder wie früher. Und die Wahrheit wird in die Sommerferien geschickt. Die himmelschreiende Finanznot, die den Staat in eine Verfassungskrise gestürzt hat. Der zum Torso verstümmelte Bundeshaushalt 2003, der bei faktischer Stagnation noch mit illusionären 0,75 Prozent Wachstum kalkuliert. Der Etatentwurf 2004, der nur mit Luftbuchungen und einem Wachstumstraum von zwei Prozent zusammenzuzimmern war. Das Rentendesaster, das für 19 Millionen Alte erstmals Rentenkürzungen um bis zu vier Prozent erzwingen müsste, weil der Staat die Hälfte der Krankenversicherungsbeiträge der Senioren einfach nicht länger zahlen kann. Die Steuerausfälle von zehn Milliarden Euro, die Länder und Gemeinden nun zusätzlich wegdrücken sollen. Der Kanzler hat euch freigegeben. Schönen Urlaub!"

Prinzip Hoffnung

Als gespenstische Scheinwelt präsentiert sich derzeit die Bundesrepublik. Den Bürgern wird von interessierter Seite eingeflüstert, man habe die Lage im Griff. Dass "Agenda 2010" und Steuerreform noch nicht einmal vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet sind, wird kaum noch wahrgenommen.

Ausgabe Oktober 2003

Industriemuseum ?

Nimmt man die aktuelle Kursentwicklung an den Börsen und die diversen Stimmungsbarmometer zum Maßstab, so scheint die regierungsamtliche Zuversicht, dass die Wirtschaft im nächsten Jahr wieder auf Wachstumskurs komme, durchaus plausibel. Unstrittig ist allerdings, dass die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nicht herbei geredet, sondern nur herbei gehandelt werden kann. Arnulf Baring hält das derzeitige Deutschland für reformunfähig. Man müsse die Bevölkerung viel klarer über die bitteren Wahrheiten aufklären. Die Bundesrepublik sei heute ein "Altenheim im Industriemuseum". Die FAZ sieht die Politiker als "Gefangene des Sozial-

Untersuchungen in 1970 rangierte das Mutterland der Marktwirtschaft noch auf Rang 6. Rot-Grün kann stolz darauf sein, dass die Bundesrepublik jetzt in nur einem Jahr vom 13. auf den 20. Platz abgestürzt ist. Seit 2000 hat sich fast jeder Indikator dramatisch verschlechtert. Das gilt insbesondere für Regulierungswut, Bürokratie und Behinderung der Selbstständigkeit. Bei der (fehlenden) Flexibilität am Arbeitsmarkt nimmt Deutschland sogar den letzten Platz unter 80 in dieser Kategorie verglichenen Ländern ein. Noch Fragen ?

Besitzstand-Garantie

Parlamente waren einmal als Volksvertretungen konzipiert. Die Zusammensetzung des gegenwärtigen Bundestags wirft diesbezüglich Zweifel auf. 54 % der 603 Abgeordneten sind Angehörige des öffentlichen Dienstes und Funktionäre von Parteien und Verbänden. Jeder dritte Abgeordnete ist Beamter. Die Selbstständigen sind mit 6,8 % der Mandate repräsentiert. Und nur noch drei Alibi-Arbeiter zählt das Plenum. Dafür gehören alleine der SPD-Fraktion 14 Gewerkschaftsfunktionäre an. Interessant ist auch, dass 25 Parlamentarier über keinerlei Berufserfahrung verfügen. Es liegt auf der Hand, dass solche Strukturen eher der politischen Besitzstandswahrung dienen als der innovativen Veränderung.

Im statistischen Durchschnitt wurden 54 bezahlte Abwesenheitstage für Urlaub, Feiertage, Krankheit, Erziehungsurlaub, Mutterschutz, Kuren etc, erfasst. Wer den Standort stärken will, kommt an einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit nicht mehr vorbei.

Wirtschaftskriminalität

40 % aller deutschen Unternehmen sind einer neuen PwC-Studie zufolge von Wirtschaftskriminalität betroffen. Der Gesamtschaden wird auf 8 Mrd. Euro p.a. geschätzt. Die häufigsten Formen der Kriminalität sind Betrug und Untreue (33%), Cybercrime (12%), Produktpiraterie (8%), Korruption (6%), Falsch-

staats." Polit-Psychologie und Reformstückwerk reichen nicht aus. Es fehlt ein überzeugendes Gesamtkonzept.

Flexible Handhabung

Deutschland und Frankreich verstoßen immer ungenierter gegen die EU-Stabilitätskriterien. Nachdem die Bundesregierung Ende August ein Haushaltsdefizit von 3,8 BIP-Prozent für 2003 nach Brüssel gemeldet hat, rechnen Experten damit, dass 2004 die deutsche Defizitquote erneut deutlich überschritten wird. Wenn die EU-Kommission nicht den letzten Rest an wirtschaftspolitischer Glaubwürdigkeit verlieren will, müssten Sanktionen erfolgen. Schon heute ist aber klar, dass sich die Beteiligten auf eine "flexible Handhabung" der Neuverschuldungsgrenzen einigen werden. Wolfgang Reitzle hat angemerkt: "Dieses Land organisiert für die nächste Generation den Staatsbankrott."

Statistische Reformen

4,37 Mio. Menschen waren im August als arbeitslos gemeldet, 350.000 mehr als im Vorjahresmonat. Die Bundesanstalt für Arbeit erwartet für Januar 2004 ein Überschreiten der magischen 5 Mio.-Grenze. Clement hat festgestellt: "Es gibt keine Volkswirtschaft, die so viel Geld gegen die Arbeitslosigkeit einsetzt wie wir. Und keine ist so erfolglos wie wir." Doch anstatt die verkrusteten Strukturen endlich zu durchbrechen, denkt man ernsthaft darüber nach, die Arbeitslosenstatistik durch Herausnahme von "Scheinarbeitslosen" zu beschönigen.

Vier-Tage-Woche

Im zweiten Quartal 2003 ist die Zahl der Erwerbstätigen erneut, nämlich um 646.000 gesunken, was dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung entspricht. Von Kündigungen und Pleiten betroffen waren vor allem das produzierende Gewerbe und der Bausektor. Weltmeisterlich sind die deutschen Arbeitnehmer dagegen in puncto Freizeit. Rein rechnerisch hatten Vollbeschäftigte 2002 eine Vier-Tage-Woche.

bilanzierung (6%), Geldwäsche (3%) und Industriespionage (1%). Ganz anders die Verteilung auf der Schadensseite: Allein auf Industriespionage entfallen 30% der angegebenen Schäden, auf Produktpiraterie und Korruption je 27%.

Entfremdung

Die Zahl der Kirchenaustritte hat dramatisch zugenommen. Als Hauptgrund wird in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Kirchensteuer genannt. Es mehrt sich jedoch auch die Zahl der Kritiker, die v.a. Teilen der evangelischen Kirche fehlende Realitätbezüge, Entfremdung und Politisierung vorwerfen. Ein Unternehmer, der nach bereits erfolgter Zahlung erheblicher Kirchensteuer um Erlass einer zusätzlichen Nachforderung gebeten hatte, wurde – nach nur viermonatiger "Bearbeitungszeit" – von der evangelischen Gemeindeverwaltung Wuppertal nicht nur abschlägig beschieden, sondern auch noch belehrt: "Ihre Vermögenssituation und der damit gehobene soziale Status sprechen eher dafür, sogar vermehrt soziale Aufgaben zu übernehmen." Die Konsequenz: Der Unternehmer, der im Übrigen bereits mehrfach erhebliche gemeinnützige Schenkungen und Spenden ohne öffentliche Bekanntgabe vorgenommen hat, denkt ernsthaft darüber nach, sich aus dieser Art von Kirche zu verabschieden.

Reserviert

Wer das Leben in vollen Zügen genießen möchte, sollte zur Ferienzeit samstags mit der Bahn verreisen. Alte schmutzige Wagons, defekte Klima-Anlagen, trotz Bezahlung nicht erfolgte Reservierungen, frustrierte Gang-Passagiere, unvermittelte Stopps auf der grünen Wiese, schon fast selbstverständliche Verspätungen – all das zeigt, dass die Privatisierung von Staatsbetrieben nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Leistungsprinzipien des Wettbewerbs erste Priorität haben.

Problemlösung

Die Dakota-Indianer sagen: Wenn du merkst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab. In der deutschen Bundespolitik gilt: Wir ändern die Kriterien, die besagen, wann ein Pferd tot ist, und besorgen eine größere Peitsche.

Außer Kraft

Noch ist der Aufschwung in Deutschland nur Wunsch und keine Wirklichkeit. Wie widersprüchlich sich die Lage darstellt, zeigt der ifo-Geschäftsklima-Index für September. Dieses Phänomen erinnert an das Frühjahr 2002. Auch damals war die Stimmung deutlich besser als die Lage. Letztlich ist jedoch nur eine Erwartungsblase geplatzt. All das könnte sich wiederholen. Die Hypo-Vereinsbank rechnet beispielsweise nur noch mit einem "Strohfeuer", das schon in der zweiten Jahreshälfte 2004 erlöschen werde. Ein dauerhafter Aufschwung werde verhindert, weil die üblichen Konjunkturmechanismen außer Kraft seien.

Bonität

Deutschlands Kreditwürdigkeit hat sich im internationalen Vergleich dramatisch verschlechtert: Im Länderbonitäts-Ranking des Bankenmagazins "Institutional Investor II" ist die Bundesrepublik im ersten Halbjahr 2003 vom 7. auf den 15. Platz abgestürzt.

Sozial-Magnet

Mitte nächsten Jahres werden Polen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern der EU beitreten. Das Institut für Wirtschaftsforschung rechnet künftig für Deutschland mit jährlich 250.000 Zuwanderern aus Osteuropa. Nach Einschätzung des Verfassungsrichters Helge Sodan wird der deutsche Sozialstaat zum "Magnet für Einwanderer". Weil Kindergeld und Arbeitslosenhilfe hierzulande deutlich höher lägen als bei den östlichen Nachbarn, könne es zu "existenziellen Gefährdungen der sozialen Sicherungssysteme" kommen.

In der Schuldenfalle

Hans Eichel hat bei der Vorlage des Bundeshaushalts 2004 "erhebliche Risiken" eingeräumt. Kenner der Materie bewerten diese Formulierung als Untertreibung des Jahres. Sie verweisen darauf, dass das von der Bundesregierung angenommene Wirtschaftswachstum ebenso unrealistisch sei wie die Arbeitsmarktzahlen und Steuereinnahmen. Der Finanzminister darf sich also schon heute darauf einstellen, spätestens Mitte 2004 einen Nachtragshaushalt vorlegen zu müssen.

Prunk & Protz

Allen Sparschwüren zum Trotz sind die Ausgaben der öffentlichen Haushalte im ersten

Buchgewinnler

Die zunehmende Komplexität des globalen Geschehens verstärkt die Suche der Menschen nach vermeintlich schlüssigen Deutungen und die Empfänglichkeit für einfache, monokausale Erklärungen. Nur so ist der erstaunliche Erfolg von "Enthüllungsbüchern" mit mehr oder weniger abstrusen Verschwörungstheorien z.B. zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu erklären. Wo die Motivation der einzelnen Autoren im Bermuda-Dreieck zwischen Ideologie, Desinformation und Geschäftemacherei liegt, erschließt sich dem Leser meist schon nach wenigen Seiten. Dass selbst ein früherer SPD-Bundesminister nach dieser Art von Buchgewinn strebt, verdient tiefenpsychologische Beachtung.

Grauer Markt

Die Manie einkommensstarker und fiskalisch hoch belasteter Bundesbürger, Steuern zu sparen, hat zur Entstehung nahezu rechtsfreier Räume im Wirtschaftsleben führt. Insbesondere manche "Medienfonds" bewegen sich unter Nutzung internationaler Strukturen ganz bewusst in Grauzonen, um mit verteilten Rollen Gewinnmaximierung zum Schaden der Anleger zu betreiben. Das Risiko von Klagen geht man dabei offenbar ganz gelassen ein in der nicht völlig abwegigen Annahme, dass geschickt getarnte Connections und komplizierte Vertragswerke, die vorrangig zur Geldabsaugung dienen, für deutsche Gerichte kaum nachvollziehbar und justizierbar sind.

"Äußerst verunglückt"

Für einige evangelische Kirchenfunktionäre scheint die Kommunikation mit Gemeindemitgliedern unerwünscht zu sein. Diese Erfahrung machte jetzt erneut der Unternehmer, der – wie an dieser Stelle berichtet – vom Gesamtverband der Evangelischen Kirchen Wuppertal-Elberfeld oberlehrerhaft aufgefordert worden war, zusätzlich zu den Kirchensteuerzahlungen "vermehrt soziale Aufgaben zu übernehmen." Seine an den Vorsitzenden des lokalen Gesamtverbandes gerichtete Bitte um Stellungnahme zu diesem merkwürdigen Gebaren blieb demonstrativ unbeantwortet. Dagegen entschuldigte sich die Evangelische Kirche im Rheinland ausdrücklich für die "zumindes äußerst verunglückte Formulierung". Bemerkenswerterweise haben inzwischen mehrere Leser dem Chronisten über

Halbjahr 2003 um 2,3 % auf 501,5 Mrd. EUR gestiegen. Wie die Faust auf's Auge passt dazu das kürzlich vom Bund der Steuerzahler vorgelegte Schwarzbuch, demzufolge hierzulande jährlich 30 Mrd. EUR durch "Prunk, Protz, Selbstbedienung und Fehlplanung" in den öffentlichen Bereichen vergeudet werden.

Ausgabe Dezember 2003

Notbremse

Am 29. Oktober 2003 hat das Bundeskabinett einen verfassungswidrigen Haushalt mit der höchsten Nettokreditaufnahme in der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen. Und am selben Tag hat die EU-Kommission prognostiziert, Deutschland werde auch 2004 und 2005 die Stabilitätskriterien verletzen. Das "Handelsblatt" kommentiert: "Damit steuern die Deutschen langsam, aber sicher in die Katastrophe. Allein in diesem Jahr wächst die staatliche Gesamtverschuldung um rund 90 Mrd. EUR auf unvorstellbare 1,35 Billionen EUR". Es bleibt nicht mehr viel Zeit, die Notbremse zu ziehen.

Tarnen und Täuschen

Was an dieser Stelle bereits im Frühjahr prognostiziert worden ist, hat jetzt auch die Bundesregierung kleinlaut eingestanden: Nullwachstum in 2003. Das lässt nur den Schluss zu, dass es zum regierungsamtlichen Prinzip geworden ist, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Offenkundig hält man wider alle Vernunft möglichst lange an den gewünschten Jahreszahlen fest, um zum Jahresende auf angeblich nicht vorhersehbare Konjunkturbrüche als Grund für die Mindereinnahmen und Neuverschuldung verweisen zu können.

Rote Laterne

Als "ernüchternd" hat der BDI die Konjunkturprognose der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für 2004 bezeichnet. Von dem angenommenen 1,7 % Wachstum sind 0,6 % nur auf die Tatsache zurückzuführen, dass im kommenden Jahr mehr Feiertage auf Wochenenden fallen als in 2003. Schon jetzt ist erkennbar, dass auch diese Wachstumsprognose schneller revidiert werden muss als Tinte trocknet. Die EU-Kommission hat bereits den Anfang gemacht: Sie weist Deutschland für 2004 mit 1,6 % erneut den

ähnlich anmaßendes Verhalten von Kirchenbürokraten berichtet.

Problemlösung 2

Die Dakota-Indianer sagen: Wenn Du merkst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab. In der deutschen Bundespolitik gilt: Wir bilden einen Untersuchungsausschuss, der sich mit den Bedürfnissen toter Pferde befasst, und ernennen neue Reiter.

Bürokratie

In den vergangenen neun Jahren sind die Bürokratiekosten für deutsche Unternehmen um fast ein Drittel auf rund 48 Mrd. EUR jährlich gestiegen. Die meisten Kosten verursachen die Abwicklung von Steuern und Abgaben, die Sozialversicherungen und das Arbeitsrecht. Dazu ein Beispiel: Wer hierzulande Steuern und Abgaben zahlt, muss nicht weniger als 118 Gesetze und 87 Verordnungen beachten. Es bleibt abzuwarten, ob dem Ankündigungsspezialisten Clement mit seinem "Masterplan" endlich ein Befreiungsschlag gelingt.

Niveau-Dumping

Zur beabsichtigten Erhöhung der TV-Gebühren merkt der "Spiegel" an: "Die wahren Probleme der Anstalten sind nicht ihre Finanzen, sondern Ideenlosigkeit, Expansionswahn und Missmanagement". Aus Zuschauersicht dürfte das Kernproblem darin bestehen, dass ARD und ZDF es offenbar aufgegeben haben, dem Niveau-Dumping der Privatsender Paroli zu bieten. Viele öffentliche Fernseh-"Formate" sind nicht nur gebühren-, sondern auch schmerzensgeldpflichtig.

Amüsierbetrieb

"Wenn ein Volk sich von Trivialitäten ablenken lässt, wenn das kulturelle Leben neu bestimmt wird als eine endlose Reihe von Unterhaltungsveranstaltungen, als gigantischer Amüsierbetrieb, wenn der öffentliche Diskurs zum unterschiedslosen Geplapper wird, kurz, wenn aus Bürgern Zuschauer werden und ihre öffentlichen Angelegenheiten zur Variété-Nummer verkommen, dann ist die Nation in Gefahr – das Absterben der Kultur wird zur realen Bedrohung." Das schrieb Neil Postman 1985 in seinem Buch "Wir amüsieren uns zu Tode". Selten lag eine gesellschaftspolitische Prognose so im Ziel.

niedrigsten Zuwachs im EU-Ländervergleich zu.

Schlaraffenland

Die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden pro Erwerbstätigem ist von 1.956 in 1970 über 1.542 (1991) auf 1443 in 2002 gesunken. Dagegen sind die Bruttomonatsverdienste allein seit 1995 um 16 % gestiegen. Der Anteil der Deutschen, die Erwerbstätigkeit als wichtigste Einnahmequelle angeben, hat sich seit 1991 von 45 auf 40 % der Gesamtbevölkerung reduziert. Immer weniger Leute müssen immer mehr tun, damit immer mehr Leute immer weniger tun müssen.

Geister, die man rief

Der Ernst der Lage lässt eigentlich keinen Spielraum mehr für parteipolitische Taktierereien. Politiker wie Lafontaine und Blüm, die sich zeitlebens am Wünschenswerten statt am Machbaren orientiert haben, sind hauptverantwortlich dafür, dass das Land seit Jahrzehnten zulasten künftiger Generationen zunehmend über seine Verhältnisse lebt. Wenn sich eben diese Leute jetzt als Retter der "Entrechteten" aufspielen, werden Biedermänner zu Brandstiftern. Schröder scheint die Unausweichlichkeit tiefgreifender Reformen endlich erkannt zu haben. Es könnte zu seiner persönlichen Tragik werden, dass ihn die Geister, die er rief und pflegt, vielleicht schon bald aus dem Amt kellen werden. Die wirklichen Opfer sind jedoch die Bürger, die den ständig neuen Wahlversprechen Glauben geschenkt haben.

Jahr der Wahrheit

2004 wird für Deutschland zu einem historischen Jahr der Wahrheit. Geredet worden ist genug, jetzt ist höchste Zeit zum reformerischen Handeln. Sollte weiter taktiert und blockiert werden, wären die Folgen für die Zukunft unabsehbar.